



Nummer 11/12 | Juni / Juli 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

die Zeugnisse sind verteilt, unsere Schulferien haben bereits begonnen. Würden wir unserer Führungsspitze für die öffentliche Diskussion der letzten drei Wochen eine Note geben müssen, wären wir uns schnell einig: Versetzung gefährdet. Ich habe den Streit in der Union als unnötig und sehr belastend empfunden. Deshalb bin ich froh, dass wir eine Einigung

erreicht haben, die zudem auch von unserem Koalitionspartner mitgetragen und damit schnell umgesetzt werden kann. Verantwortung zu übernehmen und zu handeln, genau das ist unser Auftrag. Und hier gibt es neben der Asylfrage, die es dauerhaft zu lösen gilt, viele andere Themen. Einen kleinen Eindruck gewinnen Sie mit dieser NAG Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer!

Herzliche Grüße

*Ihre
Astrid Grotelueschen*

Asylfrage: National *und* europäisch handeln

Teils schwer nachvollziehbar wirkte die unionsinterne Debatte um die weitere Zukunft des europäischen Asylsystems. Dabei ging es bei gleichem Kurs nur um eine Detailfrage.

Nach dem EU-Gipfel am 28.06. steht nun endlich fest: Die illegale Migration innerhalb der EU soll unterbunden werden: Die EU-Staaten sind sich einig, dass sich kein Asylbewerber einen Mitgliedstaat aussuchen kann. Hierfür verpflichten sich alle EU-Staaten, bestehende Regeln einzuhalten. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich darauf, dass jeder Staat alle nötigen gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen ergreift. Ebenfalls waren sich die Gipfelteilnehmer einig, dass es mehr Solidarität mit den Ankunftsändern braucht.



Ein starkes Signal der Union!

Dabei muss festgehalten werden: CDU und CSU hatten sich bereits Anfang Oktober 2017 in ihrem „Regelwerk für Migration“ darauf geeinigt, die Gesamtzahl der Aufnahmen aus humanitären Gründen

auf 200.000 Menschen im Jahr zu begrenzen.

Konkret sollte dies durch die zentrale Unterbringung von Asylbewerbern bis zum Abschluss ihres Antrags in sog. Anker-Zentren, die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten um Marokko, Algerien und Tunesien, Grenzkontrollen, die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten und die verstärkte Rückführung abgelehnter Asylbewerber erreicht werden.

Diese Punkte sind mit der SPD im Koalitionsvertrag vereinbart. Und schaut man sich diese Liste an, ist erkennbar, dass wir schon viel erreicht haben.

Die Ergebnisse des EU-Gipfels zeigen, dass die Kanzlerin die seit Jahren stagnierenden Verhandlungen nach vorn gebracht hat. Die Ergebnisse sind:

1. Ein besserer Schutz der EU-Außengrenzen,
2. Die Unterbindung der Binnenmigration innerhalb der EU,
3. Sammelstellen für Flüchtlinge in- und außerhalb der EU,
4. finanzielle Hilfen für Herkunft- und Transitländer

Die Einigkeit bei wichtigen Maßnahmen zur Bewältigung der Migrationsfrage ist unter den 28 Mitgliedsstaaten groß.

Auch die gemeinsame Linie von CDU und CSU zur Vermeidung von sogenannter Sekundärmigration, also der Einreise von Personen, die schon in anderen EU-Staaten Asylanträge gestellt haben, ist ein richtiger Schritt auf diesem Weg. Die Unionsspitzen haben sich nach langen Verhandlungen hierzu geeinigt. Ich trage diese Lösung mit.

Ich finde, dass wir mit diesem Ergebnis vorerst zufrieden sein können, da die Bundesregierung hiermit auf eine fairere Lastenverteilung in Europa hinwirkt. Auch die SPD wird sich dabei ihrer Verantwortung stellen müssen.

Wichtig ist, die Vereinbarungen jetzt schnell umzusetzen.

Sie können sich sicher sein, dass die Union aus CDU und CSU dafür Sorge und dem Wunsch der Menschen in unserem Land Rechnung trägt.

Starker Bundeshaushalt für starke Kommunen

Der Bund stellt laut dem Entwurf des Bundeshaushalts 2018 allein 28,946 Milliarden Euro mit direktem oder indirektem kommunalen Bezug zur Verfügung. Gemessen am Gesamthaushalt sind das rund 8,5 Prozent der Ausgaben.

Stellte man ihn ganz grob neben die Haushalte der Bundesministerien wäre ein „Kommunalhaushalt“ der drittgrößte Ausgabenposten des Bundes, direkt nach dem Sozialressort mit über 130 und dem Verteidigungsetat mit rund 37 Milliarden Euro. Er läge sogar noch über den Kosten des Bundes für die Ausgaben des Gesundheitsministeriums, die aktuell gut 15,2 Milliarden Euro betragen.

Als Kommunal- und Bundespolitikerin sehe ich das als Ausdruck der von CDU und CSU besonders betonten Kommunalfreundlichkeit.

Denn wo, wenn nicht vor der eigenen Haustür beginnt Politik? Ob es das Engagement im Verein, in der Kirchengemeinde, dem Bürgerverein oder eben im Ortsverband der CDU ist. Was zählt, ist, die Möglichkeiten zur Mitbestimmung zu nutzen und sich einzubringen.

Aber auch über diese Beteiligungschancen hinaus sind es die Kommunen, die am nächsten an Bürge-

rinnen und Bürgern dran sind. Daher setze ich mich auch als Mitglied der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik für kommunalfreundliche Bundesgesetze ein.

Ganz aktuell beispielsweise dafür, dass bei einer Reform der Grundsteuer das kommunale Hebesatzrecht als wichtigste Einnahmequelle der Gemeinde erhalten bleibt.

Darüber hinaus geht es mir darum, die konkreten Zuweisungen an Kommunen zu gewährleisten, wenn auf Bundesebene Gesetze gefasst werden, die ihnen Aufgaben etwa beim sozialen Wohnungsbau oder der Integration Asylsuchender übertragen.

So werden im jetzt beschlossenen Haushalt allein gut 1,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Auf 70,1 Millionen Euro erhöht wurden auch die Mittel für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur. Darüber hinaus wurde ein weiteres Denkmalschutzförderprogramm des Bundes für kleinere Denkmäler aufgelegt, das mit 30 Millionen Euro die identitätsstiftenden Erinnerungsorte in Stadt und Land im fördern soll.

Wussten Sie ...

24. Juni 1995: Verhüllung des Reichstagsgebäudes durch das Künstlerpaar Christo und Jeanne-Claude

25. Juni 1920: Reichstag wählt SPD-Politiker Paul Löbe zum ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik

27. Juni 2000: Als erster amtlicher Staatschef spricht der französische Präsident Jacques Chirac vor den Abgeordneten im neu bezogenen Reichstagsgebäude

30. Juni 1994: Verankerung der Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau als Staatsziel im Grundgesetz

01. Juli 1896: Reichstag verabschiedet Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

03. Juli 1919: Weimarer Nationalversammlung spricht sich für die Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold aus

05. Juli 1957: Deutscher Bundestag ratifiziert die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft

Union setzt sich für Entlastung von Familien ein

In den vergangenen Wochen hat das Bundeskabinett Entlastungen in Milliardenhöhe für Familien beschlossen: In der letzten Sitzung am 27. Juni waren es Entlastungen in Höhe von jährlich 9,8 Milliarden Euro.

Konkret sind eine **Erhöhung des Kindergelds** um 10 Euro pro Kind im Monat ab Juli 2019, ein höherer Grundfreibetrag bei der Steuer und zusätzlich ein **höherer Kinderfreibetrag** geplant.

Mit dem **Baukindergeld** bekommen

Familien rückwirkend ab dem 01. Januar 2018 bis zu 1.200 Euro pro Kind und Jahr bei Neubau oder Kauf von Wohneigentum dazu. Ich habe mich mit meinen Unionskollegen dafür eingesetzt, dass diese Förderung unabhängig von der Wohnfläche gewährt wird. Ohne die Belange der Menschen in ländlichen Regionen mit eher größeren Grundflächen zu beachten, wollte unser Koalitionspartner hier eine Flächenobergrenze von 110 m².

Hinzu kommt eine **Entlastung**

mittlerer und unterer Einkommen bei der sogenannten kalten Progression. Darunter verstehen Fachleute eine Art im Steuersystem angelegter „schleichender“ Steuererhöhung, die Lohnsteigerungen direkt wieder „auffrisst“. Durch eine Verschiebung der Eckwerte bei der Einkommenssteuer und durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags wird die kalte Progression im kommenden Jahr um 2,2 Milliarden Euro abgebaut werden.

Breitbandausbau schneller und einfacher

Der Ausbau des Breitbandnetzes im Bundesgebiet und damit auch im Landkreis Oldenburg, der Wesermarsch und Delmenhorst wird ab August entbürokratisiert, kündigte Bundesverkehrsminister Scheuer jüngst an.

Eine einfachere Förderung und schnellere Umsetzung waren aus meiner Sicht dringend notwendig!

Meine vor Ort gemachten Erfahrungen habe ich regelmäßig nach Berlin mitgenommen. Jetzt bewegt sich etwas!

Mit einer effektiveren und damit schnelleren Bearbeitung der Anträge etwa sparen Kommunen bis zu 6 Monate Zeit. Anträge werden nicht mehr gesammelt, sondern fortlaufend bearbeitet. Die anschließende Bewertung jedes Antrages (Scoring) wird abgeschafft. Zudem ist es künftig nicht mehr nötig, die Wahl zwischen Wirtschaftlichkeitslücken- oder Betreibermodell mit einem Wirtschaftlichkeitsvergleich zu begründen.



Diejenigen Gemeinden, die bislang auf Kupfertechnologie gesetzt haben, bekommen nun die Möglichkeit ihre Projekte noch bis Ende 2018 auf Glasfaser umzustellen. Dafür stockt der Bund seinen Anteil entsprechend auf. Die Länder können

den höheren Eigenmittelbeitrag der Kommunen übernehmen. Zudem werden vertretbare Kostensteigerungen im Projekt zugelassen.

Durch die Verdopplung der Förderungsgrenze von 15 auf 30 Millionen Euro werden zusätzliche Investitionen möglich, die gerade für unseren ländlichen Raum so wichtig sind.

Wir haben im Bund 3,5 Milliarden zur Verfügung gestellt, weil der Breitbandausbau existentiell wichtig für Unternehmen und Bürger ist. Das unterstreichen wir durch einen in den parlamentarischen Beratungen zum Haushalt erkämpften und neu aufgestellten „Digitalfonds“ in Höhe von 2,4 Milliarden Euro.

Daten und Fakten

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sinkt weiter.

Laut Statistischem Bundesamt lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 5,1 %. Damit waren 2,3 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das sind 68.000 Arbeitslose weniger als im April und 182.000 weniger als im Vorjahresmonat. Dies entspricht dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990.

Auch die Zahl der Arbeitssuchenden sank. Zugleich meldet die Bundesagentur für Arbeit 793.000 offene Stellen, 78.000 mehr als im Vorjahr.

Auch in Niedersachsen setzt sich der positive Trend fort. Mit 5,1 % oder 221.500 Arbeitslosen sind im Juni 2018 18.500 Menschen weniger ohne Job als zum gleichen Zeitpunkt 2017.

Im Euro-Raum lag die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit laut Eurostat bei 8,5 % und erreichte damit den niedrigsten Wert seit Ausbruch der Wirtschafts- und Währungskrise 2008.

Quellen:

Statistisches Bundesamt, Eurostat, Bundesagentur für Arbeit

„Hilferuf“ aus der Physiotherapie

Nach einem „Hilferuf“ aus der Physiotherapiepraxis „Physio 42“ traf ich kürzlich den Inhaber Ralf Hemken in Delmenhorst zu einem persönlichen Gespräch.

Zum Hintergrund: mit dem Gesetz zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung (HHVG) haben wir im Bund die Basis höherer Vergütungen für Heilmittlerbringer wie Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden und Podologen geschaffen. Gerade selbständige Heilmittlerbringer beklagen jedoch Konflikte mit den Krankenkassen und stellen fest: Die Erhöhung kommt nur bei Angestellten z.B. in Krankenhäusern an nicht jedoch bei ihnen. Hinzu kommen ein hoher Bürokratieauf-

wand und knappe Behandlungszeiten. Darüber hinaus ist die Ausbildung nach wie vor mit erheblichen Kosten verbunden, die angehende Physiotherapeuten schultern müssen. Mit seinen Bedenken steht Ralf Hemken stellvertretend für viele Heilmittlerbringer und letztlich geht diese Entwicklung auf Kosten der Patienten.

Das darf nicht sein! Gerade im Hinblick auf eine alternde Gesellschaft, in der Physiotherapie an Bedeutung gewinnt, müssen wir eine tragfähige Lösung finden. Schon 2015 habe ich zusammen mit meinem niedersächsischen Kollegen Roy Kühne als Mann vom Fach mit vielen Praxen in meinem

Wahlkreis gesprochen und eine Besserung schien mit dem HHVG in Sicht. Dass diese nun scheinbar auf Umwegen ausgehebelt wird, ist ein bedenklicher Prozess.

Klar ist, wir dürfen die Heilmittlerbringer - und damit die Patienten - mit der Situation nicht allein lassen. Zum Einen halte ich eine kostenfreie Ausbildung für einen zielführenden und notwendigen Schritt. Darüber hinaus müssen wir sicherstellen, dass Selbständige mit ihren Praxen nicht in Schieflage geraten.

Ich werde das Thema im Wahlkreis nach der Sommerpause aufgreifen!

Kleine Forscher experimentieren wieder

Warum schwimmen Korke und wie wird sogar Mathe spannend? Diesen Fragen bin ich in den vergangenen Wochen wieder mit vielen „Kleinen Forschern“ auf den Grund gegangen, zum Beispiel in der Kita Hohensteiner Weg in Delmenhorst, in der Kita Klettermax in Brake und an der Grundschule Harpstedt.

Ich unterstütze den „Tag der Kleinen Forscher“ jedes Jahr gern, weil er einen sehr wichtigen Ansatz verfolgt. Wir müssen Kinder so früh wie möglich an Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) heranführen und ihre Begeisterung wecken. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und mit einem nach wie vor bestehenden Defi-



zit an Frauen in diesen Bereichen braucht es mehr Förderung.

Die „Kleinen Forscher“ bieten Kitas und Grundschulen die Gelegenheit, Elemente nach den gegebenen Möglichkeiten einzupassen. Vorschläge für die Ausgestaltung gibt es viele. Im nächsten Jahr bin ich auf jeden Fall wieder als Co-Forscherin unterwegs!

Schöne Ferien!

Auch meine Büros werden die kommenden Wochen nutzen, um in den wohlverdienten Sommerurlaub zu gehen. Erreichbar sind wir selbstverständlich durchgehend, Sie können sich also auch im Sommer jederzeit an mich und mein Team wenden.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich einen wunderbaren Sommer. Genießen Sie die Zeit und erholen Sie sich gut!



Astrid Grotelüschon MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 15
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969